

Projektmeldung | Dschibuti | Beratung Öffentlicher Sektor

Unterstützung von flüchtlingsaufnehmenden Gemeinden - Zusätzliche Finanzierung

Development Response to Displacement Impacts Project in the Horn of Africa - Additional Financing

Finanzierungsbewilligung

08.06.2020

Land:	Dschibuti
Finanzierung:	Internationale Entwicklungsorganisation / International Development Association (IDA)
Referenznummer:	P171409
Kategorie:	Beratung Öffentlicher Sektor
Träger:	IGAD, Agence Djiboutienne de Développement Social, Ministry of Agriculture and Natural Resources, Office of the Prime Minister

Mit einem zusätzlichen Kredit in Höhe von 10 Mio US-Dollar unterstützt die Internationale Entwicklungsorganisation (IDA) ein bereits laufendes Sozialektvorhaben in Dschibuti. Ziele des Projekts sind die Verbesserung des Zugangs zu grundlegenden sozialen Dienstleistungen, die Erweiterung wirtschaftlicher Möglichkeiten und die Verbesserung des Umweltmanagements für Gemeinden, die Flüchtlinge in ausgewählten Gebieten in Dschibuti, Äthiopien und Uganda aufnehmen.

Bitte melden Sie sich an, um diesen Inhalt aufzurufen

Klicken Sie auf den Button "My GTAI Login" und loggen Sie sich mit Ihrer Benutzererkennung ein. Sollten Sie für diese Webseite noch kein Benutzerkonto haben, können Sie sich hier schnell **KOSTENLOS REGISTRIEREN**

[My GTAI Login](#)

UNTERSTÜTZUNG VON FLÜCHTLINGSAUFNEHMENDEN GEMEINDEN - ZUSÄTZLICHE FINANZIERUNG

Mehr zu:

Dschibuti

Beratung Öffentlicher Sektor / Wirtschafts-, Außenwirtschaftsförderung / Soziale Entwicklung / Öffentlicher Sektor, übergreifend / Förderung benachteiligter Gruppen / Stromübertragung, -verteilung, Netze / Wasserversorgung, Bewässerung / Abwasserentsorgung, Entwässerung / Bildungswesen, übergreifend / Land- und Forstwirtschaft, übergreifend / Armutsbekämpfung

Projekte

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2021 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.